

Antrag

auf Gewährung von Leistungen in besonderen Fällen aus Mitteln der Länder
bei einem Schwangerschaftsabbruch, für den kein Leistungsanspruch
gegenüber einer gesetzlichen Krankenkasse besteht.

Name: Lena Horngeb. am: 8. Januar 1982Anschrift: Sebastianstr. 87, 10969 Berlin

Gemäß § 21 b Sozialgesetzbuch Erstes Buch - Allgemeiner Teil - (SGB I) ist die Krankenkasse für Leistungen nach dem Gesetz zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten (SchKG) zuständig. Für die Entscheidung über die Leistungserbringung und die Abrechnung der Kosten benötigen wir die im Antrag erfragten Angaben. Hierzu gehört nach § 19 Absatz 2 SchKG auch die Darlegung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse. Nach den §§ 60 ff SGB I sind Sie verpflichtet, die erbetenen Angaben zu machen. Solange diese nicht vorliegen, dürfen wir die Leistung bzw. den Berechtigungsschein versagen.

1. Sind Sie bei einer gesetzlichen Krankenkasse als Pflicht-, freiwilliges Mitglied oder als Familienangehörige versichert?

☐ nein ☒ ja, bei der Techniker Krankenkasse
Name u. Anschrift der Krankenkasse

2. Beziehen Sie z. Zt. eine der unter ¹ genannten Leistungen?

☒ nein ☐ ja

3. Sind Sie in einer Anstalt, einem Heim oder in einer gleichartigen Einrichtung untergebracht und werden die Kosten von einem Träger der Sozialhilfe oder der Jugendhilfe getragen?

☒ nein ☐ ja

Die folgenden Fragen sind zu beantworten, wenn die Fragen 2 und 3 mit Nein beantwortet worden sind.

4. Wie hoch ist Ihr im letzten Kalendermonat erzieltetes Nettoeinkommen² einschließlich einmaliger Zuwendungen, wie Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld usw.?

EUR☐ Einkommensnachweis hat vorgelegen

5. Steht Ihnen persönlich kurzfristig verwertbares Vermögen³ zur Verfügung?

☐ nein ☐ ja

6. Sind Sie Kindern gegenüber zum Unterhalt verpflichtet, die

- 6.1 unter 18 Jahre alt sind und in Ihrem Haushalt leben?

☐ nein ☐ ja,

- 6.2 Sie überwiegend unterhalten?

☐ nein ☐ ja

7. Wie hoch sind die Kosten der Unterkunft (Miet-, Neben-, Heiz-, Pensions-, Hotelkosten, tatsächliche Aufwendungen für Wohneigentum)?

EUR

8. Wie viele Personen leben insgesamt im Haushalt?

keine Personen

9. Fallen bei den Kosten der Unterkunft kostensenkende Leistungen (Wohngeld, Wohnzuschuss) an?

EUR

Ich bin tagsüber unter der Telefon-Nr. zu erreichen: _____
(freiwillige Angabe)

Ich versichere, dass ich die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe. Änderungen in den Lebens-, Einkommens- und Vermögensverhältnissen, die für die Leistung erheblich sind, werde ich unverzüglich anzeigen.

Hamburg, den 23. Mai 2016

Unterschrift

Hinweise:

¹ Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch - SGB XII (Sozialhilfe), laufende Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch - SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende - z. B. Arbeitslosengeld II, Sozialgeld oder Einstiegsgeld) unabhängig von einem ggf. vorhandenen eigenem Einkommen, Ausbildungsförderung im Rahmen der Anordnung der Bundesagentur für Arbeit über die individuelle Förderung der beruflichen Ausbildung oder über die Arbeits- und Berufsförderung Behinderter, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz.

² Das Einkommen Ihres Ehegatten oder Ihrer Eltern, wenn Sie noch in deren Haushalt leben sollten, ist nicht anzugeben. Zum Einkommen zählen alle Einnahmen aus unselbstständiger Arbeit, selbstständiger Tätigkeit, Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft, Kapitalvermögen, Vermietung, Verpachtung, Renten, Versorgungsbezüge sowie Entgeltsersatzleistungen (z.B. Kranken-, Verletzten- und Übergangsgeld), den Sockelbetrag von 300,00 Euro - bei Halbierung der Monatsbeträge und einer damit einhergehenden Verdoppelung des Auszahlzeitraumes nach § 6 Satz 2 Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz bis 150,00 Euro - monatlich übersteigendes Elterngeld und Unterhaltszahlungen, die Sie von einer anderen Person erhalten.

³ Dazu zählen Ersparnisse, Abfindungen oder sonstige Geldanlagen von mehr als 2.600,00 Euro. Ggf. erhöht sich dieser Grenzbetrag um 256,00 Euro für jede Person, die von Ihnen überwiegend unterhalten wird.